

ANALYSE Die Forderung nach einer Subventionserhöhung für das Kunstmuseum ist begründet, aber völlig verfehlt

Unlautere Begehrlichkeiten

Josef Helfenstein, seit einem Jahr Direktor des Kunstmuseums Basel, hat einen Hilfeschrei ausgestossen. Sein Haus hat ein strukturelles Defizit, das im Regelfall 2,5 Millionen Franken beträgt. Grund für die finanzielle Schiefelage ist die mangelhafte Ausfinanzierung der mit dem Erweiterungsbau gestiegenen Betriebskosten.

Helfenstein hat sich in Gesprächen mit der «bz» und der «Basler Zeitung» an die Öffentlichkeit gewandt, um jenes Gehör zu finden, das er beim Präsidialdepartement offenkundig nicht gefunden hat. Dieses hat das latente Problem, das im Rahmen der Budgetierung für das kommende Jahr manifest geworden ist, zur Kenntnis genommen. Mehr nicht. Statt Lösungen zu präsentieren, igelt sich das halbverwaiste Kulturreisort ein. Es verweigert sich Medienanfragen und ist gemäss Verwaltungskreisen nun angesäuert, dass sich Helfenstein erdreistet hat, die Probleme offen zu benennen.

Der Museumsdirektor hat das Recht wie die Pflicht, nach einer angemessenen Finanzierung seines Museums zu rufen. Er wusste bei Amtsantritt, dass er vermehrt für Drittmittel für die Ausstellungen sorgen muss. Doch er durfte davon ausgehen, dass die Kulturstadt Basel eine solide Betriebsfinanzierung sicherstellt, wenn sie sich von der Mäzenin Maja Oeri einen halben Kunstbau zahlen lässt.

Neu in Basel ist Helfenstein der einzige, der ein Recht hat, die Forderungen zu erheben. Er ist aber nicht der einzige, der es tut. Oswald Inglin (CVP), Präsident der grossrätlichen Bildungs- und Kulturkommission (BRK), fordert im «Regionaljournal» flugs eine Subventionserhöhung um 2,5 Millionen. In der «Basler Zeitung» sekundiert Markus Altwegg, Präsident der Stiftung für das Kunstmuseum: «Nun muss Regierungsrätin Elisabeth Ackermann hinstehen und das Betriebsbudget erhöhen!»

Ihre Forderungen sind unlauter: Beide Exponenten haben wie die Basler Regierung genau gewusst, dass mit dem



Christian Mensch
«Eine parteiübergreifende Kulturallianz hat sich in einem Akt kollektiver Autosuggestion eingeredet, dass gar kein Finanzproblem besteht.»



Dass der Betrieb des Erweiterungsbaus des Kunstmuseums unterfinanziert ist, wussten alle, die es wissen wollten. ARCHIV

Erweiterungsbau die reinen Betriebskosten (ohne verwaltungsinterne Abgeltung der Miete) je nach Studie zwischen 4,8 und 5,2 Millionen Franken steigen werden. Die mit dem Segen der BRK ausgehandelten Subventionserhöhung um 2,3 Millionen Franken war ein austarierter Kompromiss: Er war nicht nur die Grenze des politisch Durchsetzbaren, sondern auch das Maximum, um das bestehende Ungleichgewicht im Basler Kulturbudget nicht ganz ins Kippen zu bringen. Dieses krankt schon heute daran, dass ein zu hoher Anteil in Museen und in bildende Kunst fliesst. Dass die fehlenden Mittel über private Geldgeber generiert werden sollen, war Teil dieses Deals.

Wie Altwegg sagt auch Felix Uhlmann, der neue Präsident der Kommission für das Kunstmuseum, gegenüber dieser Zeitung, die Betriebskosten seien Sache

des Staates. Was grundsätzlich richtig ist, wird im konkreten Fall zur unzulässigen Forderung: Kommission wie die personell verknüpfte Stiftung haben sich mehrfach bereit erklärt, für die fehlenden Gelder aufzukommen. Dass sie als buchhalterische Trickserei ihren Mäzenen erzählten, ihr Beitrag sei nicht für den Betrieb, sondern für Ausstellungen vorgesehen, kann als lässliche Stünde betrachtet werden. Dass sie sich nun gänzlich aus dieser Verpflichtung nehmen, ist schwer erträglich.

Ein erster Reflex lässt die Vermutung zu, eine parteiübergreifende Kulturallianz habe die mehrfach erprobte Salamiaktik zur Anwendung gebracht: Ist der Erweiterungsbau des Kunstmuseums erst gebautes Faktum, wird sich die notwendige Finanzierung schon einstellen. Wahrscheinlich ist jedoch eine noch ärgerliche Variante: Die Allianz

hat sich in einem Akt kollektiver Autosuggestion eingeredet und sich gegenseitig bestätigt, dass gar kein Finanzproblem besteht. Wer wagte, den warnenden Finger zu heben, wurde mit dem Argument zum Schweigen gebracht, er gefährde nur das noble Geschenk der Mäzenin Oeri. Die notorische Unfähigkeit der BRK, die Finanzen der Museen zu überwachen, sorgte effektiv dafür, dass keine parlamentarische Kontrolle stattfand.

Was nun? Bevor die öffentliche Hand auch nur über einen zusätzlichen Franken für das Kunstmuseum diskutiert, braucht es offene Selbstkritik: «Ja, wir haben uns und damit auch die Öffentlichkeit angelogen.» Dann, aber erst dann, wird man über allfällige Zahlungen sprechen können.

@christian.mensch@azmedien.ch

Rheintalbahn Streckensperrung noch bis 7. Oktober

Die Sperrung der Rheintalstrecke Basel-Karlsruhe dauert noch bis zum 7. Oktober; dies teilte die Deutsche Bahn (DB) gestern mit. Seit dem 12. August ist die wichtige Nord-Süd-Verbindung bei Rastatt, 170 Kilometer nördlich von Basel, unterbrochen. Grund dafür ist, dass sich die Gleise über einer Tunnelbaustelle auf einer Länge von 30 Metern abgesenkt haben. Im Tunnel war es zu einem Erdbeben gekommen.

Derzeit wird ein 150 Meter langer Tunnelabschnitt mit 10 000 Kubikmeter Beton gefüllt. Dann soll eine 120 Meter lange und einen Meter dicke Betonplatte gegossen werden, auf der dann neue Gleise verlegt werden. Alleine der Bau der Betonplatte soll drei Wochen dauern. Erst dann können die Gleise wieder verlegt werden.

Für die Reisenden bedeutet das, dass sie weiter in Rastatt oder Baden-Baden auf Busse umsteigen müssen, die laut DB alle fünf bis zehn Minuten fahren. Danach sollen stündliche Anschlussmöglichkeiten im Fernverkehr bestehen. Man müsse mit mindestens einer Stunde Reisezeitverlängerung rechnen, es könne aber auch länger dauern.

Auf der Rheintalbahn fahren täglich bis zu 200 Güterzüge. Von SBB Cargo und SBB Cargo International seien rund 600 Güterzüge pro Woche betroffen, so die SBB. Diese sollen über Stuttgart-Singen-Schaffhausen umgeleitet werden, aber auf dieser Strecke wird ebenfalls gebaut. Alternative Routen würden derzeit geprüft. (PSC/SDA)

Der Teufelhof baut aus

Neues Hotel Im Herbst starten die Arbeiten am Apartmenthaus

Es hat eine Extrarunde gebraucht, doch nun klappt es: Das Hotel Teufelhof expandiert. Und zwar auf die gegenüberliegende Strassenseite. Am Leonhardsgraben 46 befindet sich eine mehrstöckige Liegenschaft mit Ein- und Zwei-Zimmer-Wohnungen. Sie ist in die Jahre gekommen; die Coop Pensionskasse plante eine Totalsanierung. Als Teufelhof-Patron Raphael Wyniger davon erfuhr, schlug er eine Zusammenarbeit vor. Seine Idee fand Anklang: Voraussichtlich ab Frühjahr 2019 nächsten im umgebauten Haus die ersten Hotelgäste. Vorgesehen sind 20 klassische Hotelzimmer, 12 grössere Zimmer mit Kochnischen und vier Apartments. Damit zielt der Teufelhof auch auf Gäste, die sich länger in Basel aufhalten.

Gestern hat Wyniger informiert, dass gegen die Umbaupläne keine Einsprachen eingegangen seien. Die Handwer-

ker dürften im Herbst loslegen. «Wir erwarten die Baubewilligung in den nächsten Wochen», sagt Wyniger.

Bereits Ende 2015 reichte er ein generelles Baubegehren ein. Doch das Bauinspektorat stutzte dem Projekt mit dem Namen «Hotel Engel Residence & Apartments» die Flügel. Gestützt auf das neue Wohnraumförderungsgesetz (WRFG) verbot es den Umbau zum Hotelbetrieb. Dadurch ginge günstiger Wohnraum verloren, entschied es. Anders beurteilte die Baurekurskommission das Gesetz - sie gab Wyniger recht.

Der Teufelhof als Betreiber verdoppelt mit dem Ausbau sein jetziges Angebot. Das künftige Apartmenthaus soll jedoch unter einem eigenen Namen auftreten. War ursprünglich die Musik als thematischer Schwerpunkt vorgesehen, haben sich nun Kunst und Design durchgesetzt. (ABA)



Am Leonhardsgraben 46 nächstigen bald Hotelgäste. TRINKLER/STULA/ACHILLE-ARCHITEKTEN

NACHRICHTEN

UNI BASEL Bluttest für rätselhaften Immundefekt entwickelt

Ein seltener und bisher wenig verstandener Immundefekt führt zu oft tödlich verlaufenden Lebererkrankungen. Forschende der Universität und des Unispitals Basel haben nun einen Test entwickelt, mit dem sich die Krankheit nachweisen und genauer erforschen lässt, teilt die Uni Basel mit. Die Methode stellen die Wissenschaftler im Fachblatt «Journal of Clinical Immunology» vor. Sie erwarten, dass der Test schon bald weltweit in Labors eingesetzt werden kann. (BZ)

EURO-AIRPORT Basel-Stadt besteuert neu die Schweizer Firmen

Der Kanton Basel-Stadt wird in Zukunft das Kapital der im Schweizer Sektor des Euro-Airport (EAP) ansässigen Unternehmen besteuern. Die Regelung tritt in Kraft, sobald das Abkommen zum Steuerrecht auf dem Flughafen zwischen Frankreich und der Schweiz vom französischen Parlament ratifiziert ist. Im besten Fall könnte dies bis Ende Jahr geschehen sein. Die Kapitaltaxe beträgt ein Prozent des steuerbaren Eigenkapitals und dürfte dem Kanton Einnahmen von einer halben Million Franken bringen. Die Abgabe ersetzt die französischen Lokalsteuern, die ein Vielfaches betragen hätten. Der Regierungsrat musste für die Regelung das Steuergesetz anpassen und einen Ratschlag zuhanden des Grossen Rats verabschieden. (PSC)

BUDGET Präsidialdepartement will mehr Geld wegen Zolli

Das Präsidialdepartement beantragt beim Grossen Rat, das Budget für das Jahr 2017 nachträglich um 450 000 Franken aufzustocken. Diesen Betrag wollte die Basler Regierung ursprünglich bei den Subventionen an den Basler Zoo einsparen. Anders entschied hingegen das Kantonsparlament im vergangenen März: Der Zolli soll die gleiche finanzielle Unterstützung wie in den Vorjahren erhalten. Deshalb bewilligte der Grosse Rat die jährlichen 1,45 Millionen Franken an die Institution. Im Budget des Präsidialdepartements entstand dadurch eine Differenz, die nun mittels Nachtragskredit ausgegült werden soll. (BZ)

UNTERSTÜTZUNG Weihnachts-Varieté und Jazz-Club erhalten Geld

Die Basler Regierung fördert den Verein Jazz-Live Basel für die Jahre 2018 bis 2021 mit jährlich 60 000 Franken. Dieser betreibt das Jazz-Lokal «the bird's eye jazz club». Die Regierung begründet ihren Entscheid damit, dass der Club seit seiner Gründung 1994 «einen ausgezeichneten Ruf» erworben habe. Weiter hat der Regierungsrat laut Mitteilung vom Dienstag bewilligt, dass das Weihnachts-Varieté «Palazzo Colombino» mit 30 000 Franken aus dem Swisslos-Fonds unterstützt wird. Die Artisten schlagen von Ende November 2017 bis Mitte Januar 2018 in der Rosentalanlage ihre Zelte auf. Das Programm stellt die Act Entertainment AG Basel zusammen. (BZ)